

Bern, 27. August 1975

G/me - 220.0.

Uebersicht über die Rohstoffprobleme
und die damit zusammenhängenden Ar-
beiten auf internationaler Ebene

Diese Notiz bezweckt, einen Uebersicht über die seit 1973 erfolgte Entwicklung im Rohstoffbereich zu geben, die sich stellenden Fragen näher zu beschreiben und die verschiedenen Arbeiten der internationalen Organisationen zur Lösung der in diesem Zusammenhang stehenden Probleme in Erinnerung zu rufen, wobei die Interessenlage der Entwicklungsländer besonders berücksichtigt wird. Auf die spezifischen Probleme im Erdölsektor, die Gegenstand separater Berichterstattungen bilden, wird nicht eingegangen.

1. Die Ursachen der heutigen Lage

1.1. Rückblick

Die lange Periode des Angebotsüberschusses auf den meisten Rohstoffmärkten, die 1972 ihr abruptes Ende fand, erklärt sich vor allem mit dem Aufbau der grossen Produktionskapazitäten in den fünfziger Jahren, welcher durch die hohen Rohstoffpreise während des Koreakrieges ausgelöst wurde.

1.2. "Rohstoffboom" der Jahre 73/74

Für die Preisentwicklung und die Versorgungsschwierigkeiten der letzten Jahre sind eine Summe von Faktoren verantwortlich, die sich gegenseitig beeinflussten:

Hauptsächlichste Ursache ist das starke wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer im letzten Jahrzehnt. In der gleichen Zeitspanne wurden die Investitionen im Bergbausektor nicht entsprechend erhöht, was zum grossen Teil auf das verhältnismässig tiefe Preisniveau der "Nachkoreaepoche" in diesem Bereich zurückzuführen ist. Zusätzlich bewirkte die Erdölkrise eine starke Preissteigerung für viele Erdölderivate und damit eine kurzfristige Verschiebung der Nachfrage

auf "konventionelle" Rohstoffe. Schliesslich fielen diese Faktoren mit weltweit schlechten Ernten und Schwierigkeiten im internationalen Währungssystem zusammen.

1.3. Neuere Tendenzen

Seit einiger Zeit weisen die meisten Rohstoffpreise wieder eine stark fallende Tendenz auf. So fiel z.B. in der Zeitspanne Juni 74 - Juni 75 der Kakaopreis von 103.3 cts auf 63.6 cts je lb, jener für Kupfer von 1020 £ auf 522 £ je Tonne und jener für Zinn von 3775 £ auf 3036 £ je Tonne. Allerdings war der monatlich von der UNCTAD errechnete kombinierte Rohstoffpreisindex Ende Juni 1975 immer noch um 64 Punkte höher als im Juni 1972. Ein weiteres Absinken der Rohstoffpreise auf das Niveau vor Beginn des "Rohstoffbooms" wird für die nächste Zukunft als wenig wahrscheinlich erachtet. Die neusten Zahlen (Kaffee, Zucker) weisen eher wieder auf eine Preissteigerung hin.

2. Die Probleme im Rohstoffbereich

2.1. Preisschwankungen

Eines der wichtigsten, ungelösten Probleme des internationalen Handels ergibt sich aus den erheblichen Preisschwankungen, denen viele Rohstoffe unterliegen. Produzenten wie Konsumenten haben jedoch ein Interesse an stabilen Preisen:

Abgesehen von den Auswirkungen auf die Exporterlöse erschweren stete, starke Preisschwankungen dem Produzenten, eine nachfragegerechte Kapazitätsausweitung zu planen. Den Verbraucher stören sie daran, eine Investitionspolitik in der Verarbeitungsindustrie zu betreiben, die auf dem Einsatz des langfristig günstigsten Basisproduktes beruht. In andern Worten: wegen den erheblichen Fluktuationen kann der Preis seine marktregulierende Funktion im Sinne einer optimalen Lenkung der Produktionsfaktoren nur beschränkt ausüben.

Die Ursachen der erheblichen Preisschwankungen im Rohstoffbereich lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- Die Produktionsanpassung an Nachfrageänderungen für landwirtschaftliche wie für mineralische Rohstoffe erfolgt meist mit grosser Verzögerung.
- Die Abnahmemöglichkeit, insbesondere für landwirtschaftliche Produkte, ist relativ konstant; nur geringe Ernteschwankungen führen oft zu bedeutenden Preisausschlägen.
- Viele Rohstoffe fallen unabhängig vom Preis als Nebenprodukt bei der Verarbeitung anderer Güter an.

In diesem Zusammenhang ist ferner zu erwähnen, dass der Preis der meisten Rohstoffe im Gegensatz zu jenem für verarbeitete Güter weniger von den Faktorkosten beeinflusst wird, sondern in grossem Mass von den Konjunkturerwartungen abhängt. Inwiefern auch die Verhältnisse auf dem Währungssektor (Kursschwankungen) und die Spekulation die Preise für Basisprodukte beeinflussen, ist schwierig nachzuweisen; die Rolle dieser Elemente auf die Rohstoffmärkte ist jedoch nicht zu unterschätzen.

2.2. Schwankungen der Exporterlöse

Dreiviertel aller Exporterlöse der Entwicklungsländer stammen bekanntlich aus Rohstoffausfuhren. Die Exporterlöse dienen diesen Ländern dazu, die für ihre Entwicklung nötigen Importe zu finanzieren. Dauernde Schwankungen der Exporterlöse verunmöglichen oft, die geplante wirtschaftliche Entwicklung zu realisieren.

Allgemein sind die Exporterlöse von zwei Faktoren abhängig: vom Preis und von der Menge. Grund für die Fluktuationen der Exporterlöse sind dementsprechend die Schwankungen des Preises und der abgesetzten Menge. Für den Rohstoffbereich im besonderen ist charakteristisch, dass, entgegen der Theorie, bei fallenden Preisen oft nicht weniger angeboten wird, sondern mehr; damit soll der Gefahr von abnehmenden Exporterlösen durch den Verkauf einer grösseren Menge vorgebeugt werden.

2.3. Gefahr der Unterinvestition

Insbesondere das OECD-Sekretariat hat in letzter Zeit darauf hingewiesen, dass im Fall eines weiteren Preissturzes für Rohstoffe langfristig die Gefahr der Unterinvestition in diesem Bereich besteht. Dies könnte dazu führen, dass bei einem erneuten Konjunkturaufschwung in den Industrieländern die Nachfrage nach vermehrten Rohstoffen nur ungenügend befriedigt werden kann. Der Möglichkeit einer Wiederholung der exorbitanten Preissteigerungen auf dem Rohstoffmarkt der Jahre 73/74 sollte deshalb durch Massnahmen vorgebeugt werden, die eine nachfragegerechte Kapazitätsausweitung im Bergbausektor fördern.

2.4. Marktzugang und Versorgung

Das gemeinsame Interesse der Produzenten und Konsumenten an einer verbesserten Situation im Rohstoffbereich kommt am besten zum Ausdruck, wenn man sich die Probleme des Marktzugangs und der Versorgung vergegenwärtigt. Der Produzent einerseits ist auf einen gesicherten Marktzugang angewiesen, um die für die Verwirklichung seiner Entwicklungspläne notwendigen Exporterlöse zu erhalten. Der Konsument andererseits kann seine industrielle Produktion nur dann aufrecht erhalten, wenn die Versorgung mit Basisprodukten sichergestellt ist.

3. Die traditionellen Ansätze zur Lösung der Rohstoffprobleme

3.1. Allgemeines

Die Abkommen über einzelne Rohstoffe können als die traditionellen Instrumente bezeichnet werden, um den Rohstoffexporteuren regelmässiger und wenn möglich höhere Exporterlöse zu garantieren. Zurzeit bestehen formelle Abkommen über folgende Produkte: Kaffee, Zucker, Zinn, Olivenöl, Weizen und Kakao. Die Schweiz ist Mitglied des Kaffee-, des Weizen- und des Kakaoabkommens. Die Gründe für unser Fernbleiben bei den übrigen Abkommen sind unterschiedlich: beim

Zinn und Olivenöl ist es in erster Linie unsere zu unbedeutende Stellung als Verbraucher und Importeur; beim Zucker bereitete uns das Abseitsstehen der EG - mit Abstand unser wichtigster Lieferant - praktische Schwierigkeiten versorgungspolitischer Art.

Einzig das Kakao- und das Zinnabkommen enthalten in ihrer heutigen Form Bestimmungen von wirtschaftlicher Tragweite.

3.2. Kakaoabkommen

Dieses Abkommen besteht im wesentlichen aus drei Elementen:

- Ausfuhrquoten, welche die Marktanteile der einzelnen Produzentenländer wiedergeben und mit deren Hilfe das Angebot und die Nachfrage besser aufeinander abgestimmt werden sollen.
- Festsetzung eines unteren und eines oberen Richtpreises.
- Aeufnung eines Fonds für ein Ausgleichslager zur Verstärkung des Quotenmechanismus, finanziert durch eine Ausfuhr- bzw. Einfuhrabgabe.

Da jedoch der Weltmarktpreis seit Inkrafttreten des Kakaoabkommens weit über dem festgesetzten oberen Richtpreis liegt, wurden die meisten wesentlichen wirtschaftlichen Bestimmungen bis jetzt noch nicht angewendet.

3.3. Zinn-Abkommen

Das vierte Internationale Zinnabkommen läuft Ende Juni 1976 aus. Die Verhandlungen über eine neue gleichartige Vereinbarung wurden vor kurzem in Genf erfolgreich abgeschlossen. Hauptinstrument zur Marktstabilisierung bleibt das vom Zinnrat verwaltete Ausgleichslager. Die Produzentenländer müssen hiezu 20'000 Tonnen Zinn als Grundstock zur Verfügung stellen. Die Konsumentenländer können diese Menge durch freiwillige Beiträge erhöhen. Je umfangreicher das Lager, desto grösser sind die Erfolgsaussichten, den Marktpreis innerhalb der vom Zinnrat festgelegten Preisspanne halten zu können. Als zusätzliche Massnahmen können in Zeiten des Ueberangebots Ausfuhrkontrollen eingeführt und bei einem Nachfrageüberhang

besondere Vereinbarungen zur prioritären Versorgung der Mitgliedsländer getroffen werden.

Ob die Schweiz sich am neuen Zinnabkommen beteiligen wird, steht noch nicht fest. Dies wird vor allem von der Entwicklung der internationalen Rohstoffpolitik abhängen (vgl. S. 15).

3.4. Schlussfolgerungen

Bis heute haben die produktespezifischen Rohstoffabkommen die in sie gesteckten Hoffnungen kaum erfüllt (das Zinnabkommen bildet vielleicht eine Ausnahme). Grund für ihr Scheitern sind in erster Linie die divergierenden kurzfristigen handelspolitischen Interessen der Vertragsparteien über die zu verfolgende Preispolitik. So konnten einige Abkommen nicht erneuert werden, weil etliche Vertragsparteien hofften, aus der augenblicklichen Lage auf dem Rohstoffmarkt vermehrten Nutzen zu ziehen; sie verhinderten damit das Zustandekommen eines Konsensus über neue Abkommensbestimmungen (Zucker, Kaffee). Ferner zeigte es sich, dass die für das gute Funktionieren der Abkommen eingesetzten technischen Instrumente ungenügend waren (zu kleine Ausgleichslager), um den Markt in gewünschter Weise zu beeinflussen. Ferner scherte die durch die Marktentwicklung begünstigte Partei oft aus den im Abkommen festgesetzten Bestimmungen aus. Die Situation wird noch dadurch kompliziert, dass innerhalb der Industrieländer bzw. der Entwicklungsländer Nettorohstoffexporteure- und -importeure vertreten sind, die wiederum unterschiedliche Ziele verfolgten.

Weiter kann festgehalten werden, dass für die meisten Rohstoffe überhaupt keine Abkommen abgeschlossen werden konnten. Dies rührt daher, dass entweder die internationale Gemeinschaft sich nicht über die Zweckmässigkeit neuer Verträge einig war oder dass die Hauptproduzenten bzw. die Hauptabnehmer nicht an entsprechenden Verhandlungen interessiert waren.

Wenn die Ereignisse auf dem Rohstoffmarkt der Jahre 73/74 bis heute noch keine grundsätzliche Aenderung in der Haltung der

meisten Staaten mit sich brachten, so kann doch der allgemein erhöhte und aktualisierte Stellenwert der mit den Rohstoffen zusammenhängenden Probleme festgestellt werden. Davon zeugen die zahlreichen Konzepte (Deklarationen, Aktionsprogramme, Charta) und Lösungsansätze (programme intégré, Stabex, etc.), die seit der sechsten ausserordentlichen Sondersession der UN-Generalversammlung in internationalen Organisationen und an internationalen Tagungen vorgebracht und teilweise bereits realisiert wurden. Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Anstrengungen in dieser Richtung kurz zusammengefasst.

4. Die Tätigkeit internationaler Gremien im Rohstoffbereich

4.1. UN-Generalversammlungen (1974)

Die 6. ausserordentliche Session verabschiedete im Frühjahr 1974 eine Deklaration und ein Aktionsprogramm über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Einige Monate später nahm die UN-Generalversammlung die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten an. Beide verabschiedeten Texte stellen einen Rahmen für die zukünftige Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder untereinander dar. Die Texte enthalten jedoch Bestimmungen, namentlich im Rohstoffbereich, die für die meisten Industrieländer unannehmbar sind:

- Souveränität über die Bodenschätze mit dem Recht auf Verstaatlichung ausschliesslich nach nationaler Gesetzgebung
- Recht zur Gründung von Produzentenkartellen und Förderung durch die internationale Gemeinschaft von diesbezüglichen Bestrebungen
- Koppelung der Rohstoffpreise an die Preise für importierte Güter ("Indexierung").

4.2. Welternährungskonferenz (November 1974)

Die Welternährungskonferenz von Rom verabschiedete im institutionellen Bereich Empfehlungen zur Gründung eines Welternährungsrates und eines Ausschusses für die Sicherheit der Welternährung.

Die Empfehlung in operationeller Hinsicht betrifft die Schaffung eines Informations- und Alarmsystems sowie eines landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds, die Aeufnung von Lagern und die Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe.

4.3. Konferenz von Dakar (Februar 1975)

Diese Konferenz diente den Entwicklungsländern namentlich zur Vorbereitung der 8. Session des Rohstoffausschusses der UNCTAD. Dabei wurden zwei Texte - eine Deklaration und ein Aktionsprogramm - verabschiedet, welche die Hauptbestimmungen des "nouvel ordre économique" enthalten. Ferner wurde u.a. eine intergouvernementale Gruppe eingesetzt, welche die Aspekte der Finanzierung und Verwaltung eines zu errichtenden Fonds für die Aeufnung von Ausgleichslagern für Rohstoffe zu analysieren hat.

4.4. Rohstoffausschuss der UNCTAD (Februar 1975)

Die unergiebigsten Resultate der bestehenden Abkommen und der Intensivkonsultationen innerhalb der UNCTAD und der FAO über einzelne Rohstoffe führten den UNCTAD-Generalsekretär dazu, eine neue Methode der Problemlösung vorzuschlagen. Die unter dem Namen "programme global intégré" bekannte Idee bildete eine Neuerung im Rohstoffbereich, weil die Problemannäherung nicht mehr produktweise erfolgt, sondern ein umfassendes Instrumentarium zur Regulierung des Rohstoffhandels mehrerer Produkte vorgeschlagen wird. Das umfassende Programm setzt sich aus fünf Elementen zusammen:

a) Schaffung internationaler Rohstofflager

Vorgeschlagen wird der Aufbau von internationalen Lagern für rund 18 Produkte, die 55-60 % der Rohstoffausfuhren (ohne Erdöl) der Entwicklungsländer ausmachen. Die anfallenden Kosten zur Aeufnung dieser Lager würden ca. 11 Mia Dollar betragen, wovon 5 Mia für den Getreidesektor.

b) Gründung eines Fonds zur Finanzierung von internationalen Rohstofflagern.

Zur Finanzierung der internationalen Lager wird die Gründung eines Fonds in Aussicht genommen, an welchem Produzenten- und Konsumentenländer beizutragen hätten. Ferner sollten sich auch Entwicklungsbanken und andere Geldinstitute an dessen Finanzierung beteiligen.

c) Schaffung eines multilateralen Verpflichtungssystem

Um die Planung im Rohstoffbereich präziser durchzuführen als dies gegenwärtig der Fall ist, sollten die Produzenten- und Konsumentenländer langfristige Verpflichtungen eingehen. Diese Liefer- und Abnahmeverpflichtungen, welche von Regierungsstellen auszuhandeln wären, würden auch eine preisregulierende Funktion ausüben und somit zur Stabilisierung der Verhältnisse auf den Rohwarenmärkten beitragen.

d) Kompensationszahlungen an Entwicklungsländer

Da für gewisse Entwicklungsländer die oben erwähnten Massnahmen nicht ausreichen dürften, um angemessene Preise und konstante Absatzmengen zu garantieren, sieht das Programm des UNCTAD-Sekretariats einen Kompensationsmechanismus zur Erhaltung stabiler Exporterlöse vor.

e) Massnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung im Handel von verarbeiteten Produkten

Dieses Postulat zielt vor allem darauf ab, die Verarbeitung der Rohstoffe im Exportland selbst und die Diversifikation der Ausfuhren der Entwicklungsländer zu fördern. Gefordert wird deshalb der Abbau der tarifarischen und nichttarifari-schen Handelsschranken.

An den beiden letzten Tagungen des Rohstoffausschusses der UNCTAD nahm die "Gruppe der 77" grundsätzlich positiv zu den Vorschlägen des UNCTAD-Generalsekretärs Stellung. Die sozialistischen und die westlichen Industrieländer enthielten sich eines Werturteils und forderten weitere Studien, insbesondere über die praktische Durchführbarkeit des Programms.

4.5. Die UNIDO-Konferenz in Lima (Frühjahr 1975)

Obwohl sich die UNIDO von ihrer Aufgabe her nur beschränkt mit Rohstoffproblemen auseinanderzusetzen hat, fehlen in der in Lima verabschiedeten Deklaration Bestimmungen über Souveränität der Bodenschätze, Recht auf Nationalisierung und Recht auf Produzentenkartelle nicht.

4.6. GATT¹⁾

Als die zurzeit stattfindenden GATT-Verhandlungen (MTN) im Jahre 1973 eröffnet wurden, war die Weltwirtschaft noch kaum Rezessions

1) vgl. dazu auch die laufenden Berichte des GATT-Dienstes über die MTN.

tendenzen unterworfen und die Versorgungsschwierigkeiten an wichtigen Rohstoffen standen nicht im Vordergrund des Interesses. Die in der Zwischenzeit aufgetretenen Probleme geben der laufenden GATT-Runde jedoch begreiflicherweise eine neue Dimension. Nicht nur geht es jetzt ganz allgemein darum, die verbindlichen Welthandelsregeln, die vom GATT aufgestellt wurden, auszubauen, sondern deren Einhaltung unter heute erschwerten Umständen zu sichern.

Was im besonderen die Rohstoffe betrifft, so sind die GATT-Bestimmungen, die bisher vornehmlich auf Marktzugang und Einfuhr angewendet wurden, nun auch auf Versorgung und Ausfuhr auszuweiten und gegebenenfalls entsprechend zu ergänzen. Gemäss der Erklärung von Tokio wird im übrigen den Bedürfnissen der Entwicklungsländer speziell Rechnung zu tragen sein. Da der Grossteil der Ausfuhren dieser Staaten aus Basisprodukten besteht, dürften sich diese Bemühungen zu einem wesentlichen Teil mit Rohstoffproblemen befassen. Erster Ausdruck der Bereitschaft der GATT-Parteien, den Entwicklungsländern entgegenzukommen, ist die Einsetzung einer Gruppe für "tropische Produkte". Ueber 20 Entwicklungsländer haben bereits von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, innerhalb dieser Gruppe Forderungslisten einzureichen, wobei rund 18 Listen, welche über 100 Zollpositionen betreffen, auch an die Schweiz gerichtet sind. Mit den anderen Agrarrohstoffen befassen sich die in einer eigenen Gruppe "Landwirtschaft" geführten Verhandlungen; verschiedene Untergruppen - "Getreide", "Fleisch", "Milchprodukte" - analysieren die produktspezifischen Probleme.

Rohstoffprobleme werden aber auch in den sektorenweisen Verhandlungen eine bedeutende Rolle spielen, sobald diese vorläufig noch im Diskussionsstadium stehende Verhandlungsmethode zu gegebener Zeit zur Anwendung kommen wird. Diese Methode bezweckt nämlich, alle Handelsprobleme - Zölle, nichttarifarisches Handelshindernisse etc. inklusive Versorgungsfragen - in einem einzelnen Rohstoffe und die daraus gefertigten Halb- und Fertigfabrikate

umfassenden sogenannten "Sektor" gesamthaft zu regeln. Vorläufig wurden jedoch lediglich die dazu erforderlichen Unterlagen anhand des Beispiels "Erze und Metalle" probeweise ermittelt.

Es liegt ferner auf der Hand, dass die übrigen Sparten der Verhandlungen, so insbesondere über Zolltarife und nichttarifari-sche Handelshemmnisse, ebenfalls Auswirkungen auf den Rohstoff-handel haben werden. Schliesslich werden die MTN auch das Problem des Zugangs zu den Versorgungsquellen als solches zu gegebener Zeit aufgreifen.

4.7. OECD

Die Arbeiten der OECD im Rohstoffbereich waren bis vor kurzem primär den Erdölproblemen gewidmet; sie mündeten bekanntlich in der Gründung des Internationalen Energieprogramms aus.

Anfangs April 1975 setzte der Generalsekretär eine "task force" ein, die einen ausführlichen Bericht über die Probleme indu-
strieller Rohstoffe¹⁾ publizierte, wobei auch der Stellung der Entwicklungsländer besondere Beachtung geschenkt wurde.

Der Bericht hält namentlich fest, dass die Industrieländer abgesehen von einigen wenigen Rohstoffen nur in beschränktem Mass von den Entwicklungsländern abhängig sind. Allerdings kann eine Angebotsbeschränkung kurzfristig zu erheblichen Marktstörungen in den Industrieländern führen. Weiter warnt der Bericht vor der Gefahr der Unterinvestitionen bei einem allzugrossen Preis-zusammenbruch für Rohstoffe (vgl. S. 4).

Ende Mai tagte der Ministerrat der OECD, welcher u.a. das weitere Vorgehen der Organisation im Bereich der Rohstoffe sowie die Beziehungen mit den Entwicklungsländern diskutierte. Dabei anerkannten die Minister ausdrücklich, dass für die Rohstoffprobleme eine Lösung ausgearbeitet werden sollte, die eine Erhöhung der

1) insbesondere über Kupfer, Blei, Zink, Kautschuk, Wolfram und Wolle

Stabilität der Märkte, die Sicherstellung ausreichender Investitionen und die Erweiterung der Absatzmöglichkeiten der Erzeugerländer sowie eine vermehrte Verarbeitung der Grundstoffe durch die Produzenten gewährleistet. Zu diesem Zwecke beschlosssen sie, eine hochrangige ad hoc Gruppe einzusetzen, die sich gemäss ihrem Mandat auch mit den Begehren der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich auseinanderzusetzen hat.¹⁾

Anfangs Juli trat diese ad hoc Gruppe erstmals zusammen. Dabei zeigte sich deutlich, dass die OECD-Länder im Rohstoffbereich unterschiedliche Standpunkte vertraten je nach dem, ob es sich hauptsächlich um ein rohstoffexportierendes oder -importierendes Land handelt. Immerhin war man sich einig, dass den Bedürfnissen der Entwicklungsländer bei zukünftigen Massnahmen im Rohstoffbereich speziell Rechnung zu tragen sein wird. Ein erstes, pragmatisches Arbeitsprogramm der Gruppe sieht vor, die hängigen Fragen im Rohstoffbereich aufgrund dreier Problemkreise näher zu analysieren: Stabilisierung der Märkte und Preise, Stabilisierung der Exporterlöse und Investitionen im Bereich der Basisprodukte. Die Tauglichkeit dieser Arbeitsmethode soll konkret anhand der Probleme, die sich für eine Anzahl Rohstoffe, welche zum grossen Teil aus den Entwicklungsländern stammen, überprüft werden²⁾.

Der von Botschafter Jolles präsiidierte Exekutivausschuss in Sondersession, welchem die ad hoc Gruppe untersteht, vertrat an seiner Sitzung Mitte Juli die Ansicht, dass die Rohstoffdiskussion vermehrt in das Licht der Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Rohstoffproduzenten und -konsumenten gerückt werden sollte. Das im April 75 in Paris abgebrochene Gespräch sollte erfolgeversprechend vorbereitet werden, indem die verschiedenen Meinungen der OECD-Mitgliedländer möglichst koordiniert und realistische Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden (vgl. S.13/14)

-
- 1) Eine zweite hochrangige ad hoc Gruppe befasst sich spezifisch mit den Beziehungen Nord-Süd jedoch vorerst unter Ausklammerung der Rohstoffproblematik.
 - 2) Es handelt sich in erster Linie um folgende Produkte: Kakao, Zucker, Tee, Hartfasern, Jute, Kautschuk und Kupfer.

4.8. Lomé-Abkommen (Frühjahr 1975)

Das Lomé-Abkommen zwischen den EG und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) enthält u.a. Bestimmungen über eine neue Form der Exporterlösstabilisierung (Stabex):

So soll ein "fonds de roulement" von 375 Mio RE geschaffen werden, damit bei rückläufigen Exporterlösen der AKP-Staaten ein finanzieller Ausgleich geleistet werden kann. Die Auslösungsschwelle für den Transfer finanzieller Ressourcen ist erreicht, wenn der Anteil eines Produktes 7,5 Prozent des Gesamtexportes eines Landes ausmacht und der Erlös aus diesem Produkt ebenfalls 7,5 Prozent unter die durchschnittlichen Einnahmen der vergangenen fünf Jahre fällt. Für die 24 am wenigsten entwickelten Länder beträgt die Auslöseschwelle bloss 2,5 Prozent. Grundsätzlich sind die gewährten Mittel für die Erlösstabilisierung rückzahlbar, ausgenommen für die am wenigsten entwickelten Staaten. Die Liste der für die Exporterlösstabilisierung erfassten Waren umfasst 12 Hauptprodukte und einige ihrer Nebenprodukte, d.h. insgesamt 29 Erzeugnisse.

Ferner ermöglicht die "Lomé-Konvention" einer Reihe von landwirtschaftlichen Produkten aus den AKP-Staaten die zollfreie Einfuhr in den EG-Raum.

4.9. Die Vorkonferenz von Paris zur Vorbereitung des Dialogs (April 1975)

Die in Paris auf Initiative Frankreichs einberufene Vorbereitungskonferenz über eine später abzuhaltende "Energiekonferenz" scheiterte am Umstand, dass die teilnehmenden Länder sich nicht über die Prioritäten der an der Hauptkonferenz zu diskutierenden Themen (Erdöl, andere Rohstoffe, Entwicklungsfragen, internationale Währungsangelegenheiten) einigen konnten, weshalb die Gespräche abgebrochen bzw. - angesichts der neusten Entwicklung - unterbrochen wurden. Die Industrieländer,

namentlich die USA, befürchteten, dass eine Ausweitung der Tagesordnung auf andere Punkte als Energieprobleme die Hauptkonferenz zu stark belasten und konkrete Resultate im voraus in Frage stellen würde.

Trotz des Scheiterns der Vorkonferenz wurde sie von den Teilnehmerstaaten nicht als Misserfolg bezeichnet, sondern als eine nützliche Etappe auf dem Weg zu gemeinsamen Lösungen gewertet. Bestrebungen, den Dialog wieder in Gang zu bringen, fanden bereits kurz nach Konferenzabschluss statt. So unterstrich an der Ministerkonferenz der internationalen Energieagentur und der OECD Ende Mai 1975 Staatssekretär Kissinger die Bereitschaft der USA, die Vorkonferenz wieder aufzunehmen. Gemäss seinen Vorschlägen, die von den übrigen Industrie- und Entwicklungsländern im allgemeinen akzeptiert wurden, soll an dieser je ein Ausschuss über Energie-, über Rohstoff-, über Entwicklungs- und evtl. über Währungsfragen (Vorschlag Saudiarabiens) gebildet werden. Mit diesem mehrdimensionalen Vorgehen anerkennen die Industrieländer die politische Notwendigkeit, den Vorstellungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen und möchten damit zur Ueberwindung der Schwierigkeiten beitragen, die an den Pariser Vorgesprächen nicht überbrückt werden konnten.

4.10. Konferenz des Commonwealth in Kingston (Mai 1975)

Premierminister Wilson hielt an der Tagung des Commonwealth eine Rede über Rohstoffprobleme, in welcher er die Idee eines "general agreement on commodities" lancierte. Obwohl der Vorschlag von den anwesenden Entwicklungsländern reserviert aufgenommen wurde, beschloss man, eine Gruppe von Experten zu bilden, mit dem Ziel einen Bericht zu verfassen, wobei "measures to transfer real resources from developed to developing countries through international cooperation in the field of international trade in primary commodities with particular reference to the integrated commodities programme, current proposals for buffer stocks, for indexation and other

relevant proposals, including a general agreement on commodities" spezielle Beachtung zu schenken ist. Es scheint, dass die Briten ihren Vorschlag nächstens auch in anderen Organisationen (7. Session UN-Generalversammlung) vorbringen werden.

5. Zukünftige Termine

Nächster wichtiger Termin im Rohstoffbereich ist die siebte ausserordentliche Generalversammlung der UNO im Herbst, die Entwicklungsfragen gewidmet ist und an der folglich auch Rohstoffprobleme zur Sprache kommen werden. Im Vordergrund der Konsultationen könnten gemäss einem informellen "position-paper" der "Gruppe der 77" das von der UNCTAD vorgeschlagene integrierte Programm, Indexierungsfragen und Vorschläge zur Erleichterung der Bedingungen, unter welchen der internationale Währungsfonds Kompensationszahlungen für Exporterlösschwankungen und Beihilfen für die Aeuftnung von Ausgleichslagern gewährt, stehen.

Weiteres wichtiges Zusammentreffen der Industrieländer und der Entwicklungsländer ist die zweite Wiederaufnahme der 8. Session des Rohstoffausschusses der UNCTAD im Dezember 1975. Dabei wird es darum gehen, die Fortschritte des Sekretariats zur Konkretisierung des integrierten Programms zu analysieren, erste Schlussfolgerungen zu ziehen und Vorschläge über eine mögliche Verwirklichung zu Handen der UNCTAD IV, die im Mai 1976 in Nairobi stattfinden wird, auszuarbeiten. Diese Empfehlungen dürften von den in der Zwischenzeit in anderen Gremien erreichten Resultaten nicht unberührt bleiben. So werden z.B. die Ergebnisse der noch dieses Jahr stattfindenden Verhandlungen über die Erneuerung des Kaffee- und Kakaoabkommens ein Indiz dafür sein, ob das von den Industrieländern bevorzugte "Produkt für Produktvorgehen" einer "integrierten Problemannäherung" vorzuziehen ist. Ferner wird das Mass des Entgegenkommens der Industrieländer innerhalb der GATT-Verhandlungen die Haltung der Entwicklungsländer in der UNCTAD sicher beeinflussen.

Die Auswirkungen der Wiederaufnahme der im April in Paris unterbrochenen Vorbereitung zum Dialog mit den erdölproduzierenden Staaten auf die Arbeiten der auf dem Rohstoffsektor tätigen internationalen Organisationen ist schwer abzuschätzen. Gemäss der zurzeit verfügbaren Informationen sollen diese Gespräche an einer Vorkonferenz im Oktober 1975 wieder aufgenommen werden, und zwar unter Beteiligung derselben Staaten, die bereits im April daran mitwirkten. Ungefähr zwei Monate später sollte dann eine auf 27 Teilnehmerländer (8 Industrieländer, 8 OPEC-Staaten, 11 Entwicklungsländer) erweiterte Konferenz stattfinden. Hauptaufgabe dieser Tagung wäre die Einsetzung der auf S. 14 erwähnten drei oder vier Kommissionen, deren Mandat nur sehr allgemein festgelegt würde, damit die damit verbundenen Probleme nicht schon in der erweiterten Konferenz Anlass zu langwierigen Diskussionen gäben. Die gebildeten Ausschüsse würden anschliessend unabhängig voneinander ihre respektiven Aufgaben aufnehmen, um an der rund ein Jahr später erneut zusammentretenden erweiterten Konferenz ihre ersten Berichte vorzulegen.

sig. J.D. Gerber